

Nazi-Terror trieb Rothschild in den Konkurs

Hartmut Häger

1. Einleitung

Begrifflich wird der im Folgenden beschriebene Vorgang als „Arisierung“ bezeichnet. Damit meinte man in der Zeit des Nationalsozialismus die Übertragung „jüdischen“ Eigentums auf „Arier“, also „reinblütige Deutsche“. Der Begriff basiert also auf der nationalsozialistischen Rassenlehre, die dem Blut eine entscheidende Rolle zuspricht. Im dichotomischen Denken der Nationalsozialisten waren „Arier“ und „Juden“ Angehörige der höchst- bzw. minderwertigsten Rasse, die sich unversöhnlich feindlich gegenüberstanden. Eine Rassenmischung war als Vergehen an der Reinheit des deutschen Blutes streng zu bestrafen. Der Tatbestand lautete „Rassenschändung“. Im „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ vom 15. September 1935 erhielt er seine Rechtsgrundlage, die in zahlreichen Verordnungen weiterentwickelt wurde.

Um die Familie Rothschild zur Geschäftsaufgabe zu zwingen, das Geschäft im Nazi-Jargon also zu „entjuden“, instrumentalisierte man eine „versuchte Rassenschändung“ für die Einleitung des Konkursverfahrens. Andere Maßnahmen waren der Boykott „jüdischer“ Geschäfte am 1. April 1933, der Straßenterror in der Nacht zum 31. Mai 1933, Gewaltandrohungen durch Angehörige der SA oder der Hitlerjugend oder alltägliche Kränkungen durch Nachbarn und Kollegen. Die Geschichte der Rothschildfamilie bestätigt, was Hans-Dieter Schmid allgemein formuliert: „Terror und Verfolgung waren nicht nur eine Sache von Gestapo und SS, vielmehr waren an den einzelnen Terrormaßnahmen viele und höchst unterschiedliche Institutionen und Personen beteiligt: Regierungspräsident, Stadtverwaltung, Kriminal- und Schutzpolizei, Arbeitsamt, Finanzamt, Gerichte, Arbeitgeber, Arbeitskollegen und Nachbarn.“¹

Zusammen mit den Kammern (Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, Ärztekammer, Rechtsanwaltskammer) betrieben die genannten Personen und Institutionen sowie die Parteiorganisationen der NSDAP die „Entjudung“ und „Arisierung“ ab 1933 willkürlich mit existenzziehenden Einzelmaßnahmen und ab Ende 1938 systematisch mit einem staatlich geknüpften Netzwerk existenzvernichtender Rechtsvorschriften. Dem Entzug der hiesigen Existenzgrundlage begegneten etwa hundert jüdische Hildesheimer, darunter auch die Familien Adler und Rothschild, mit Auswanderung. Etliche blieben und lebten von Gelegenheitsarbeiten, vom eigenen Vermögen oder mit Hilfe der jüdischen Gemeinde. Einige flüchteten in den Tod. Wer 1942 noch in Hildesheim lebte, wurde vom Staat in den Tod geschickt.

Jörg Schneider hat den Verlauf der „Arisierung“ anhand der Adressbücher zu rekonstruieren versucht.² Er vergleicht die Zahlen zum Anteil „jüdischer“ Geschäfte in den einzelnen Branchen. Mit den Anführungsstrichen verdeutlicht er den rassistischen Begriffsinhalt des Adjektivs. Der rassistische Gegenbegriff lautet „arisch“. Bis 1933 und nach 1945 hätte „jüdisch“ die Zugehörigkeit zur jüdischen Religionsgemeinschaft bedeutet, in Abgrenzung etwa zu „christlich“. Perfide ist, dass die nationalsozialistisch-rassistische Definition zwar von „jüdischem Blut“ gaukelt, es aber nur über die Religionszugehörigkeit „nachweisen“ kann. In einer verschoben formulierten Mitteilung bemühte sich die Industrie- und Handelskammer für Südhannover, den Unterschied zwischen religiöser Judenfeindlichkeit und rassistischem Antisemitismus zu verdeutlichen. Sie begrüßte die Bezeichnung „Deutscher Kaufmann“ und die Anbringung entsprechender Schilder, „selbstverständlich nur von solchen Gewerbetreibenden ... auf die (die Bezeichnung) ihrer Zweckbestimmung nach und nach einer Prüfung von zuständiger Seite zutrifft.“ Unzulässig sei „die Verwendung der Bezeichnung ‚Christliches Spezialgeschäft‘ oder einer ähnlichen durch einen getauften nichtarischen Geschäftsinhaber“. Dies ergebe sich bereits aus den Richtlinien des Werberats der deutschen Wirtschaft. Im Interesse der Käufer sei es erwünscht, der Aufforderung der zuständigen Parteidienststellen zur Kennzeichnung der Geschäfte Folge zu leisten. Der religiös motivierte Judenhass wäre bei Konvertiten erloschen, während der rassistische Judenhass unabwendbar ist. Schneider ist der „Arisierung“ auf der Spur, indem er in den Adressbüchern der Stadt Hildesheim 1934, 1935/36 und 1939 nach Eigentümern jüdischen Glaubens sucht.³

¹ Hans-Dieter Schmid, Hildesheim in der Zeit des Nationalsozialismus. Eine Stadt zwischen Angst und Anpassung. Hildesheim 2015, S. 35.

² Jörg Schneider, Die jüdische Gemeinde in Hildesheim 1871–1942. Hildesheim 2003, S. 459, Fußnote 38.

³ „Bezeichnung ‚Deutscher Kaufmann‘“, HAZ v. 21.8.1935.

	1933	1935	1938
Banken	4 von 13 (30,8%)	4 von 15 (26,7%)	2 von 13 (15,4%)
Damenkonfektionshandlungen	2 von 4 (50%)	1 von 3 (33,3%)	0 von 3 (0%)
Darmgroßhandlungen	4 von 5 (80%)	3 von 4 (75%)	1 von 4 (25%)
Galanterie-, Kurz- und Spielwarengeschäfte	1 von 5 (20%)	1 von 5 (20%)	0 von 3 (0%)
Herrenartikel-Geschäfte	2 von 6 (33,3%)	2 von 7 (28,6%)	0 von 9 (0%)
Herren- und Knabenartikelabteilungen	3 von 5 (60%)	2 von 5 (40%)	0 von 7 (0%)
Kurz-, Weiß- und Wollwarenhandlungen	1 von 14 (7,1%)	0 von 11 (0%)	0 von 8 (0%)
Manufaktur- und Modewarengeschäfte	6 von 10 (60%)	6 von 10 (60%)	1 von 10 (10%)
Schuhgroßwarenhandlungen	1 von 3 (33,3%)	1 von 3 (30,3%)	0 von 3 (0%)
Schuhwarengeschäfte	1 von 15 (23,1%)	1 von 15 (6,7%)	0 von 16 (0%)
Viehhändler	3 von 13 (23,1%)	3 von 13 (23,1%)	0 von 10 (0%)

2. Der Gründer des „Magazin Nathan Rothschild“ und seine Familie

An der Ostseite des südlichen Abschnitts des Hohen Wegs reihten sich in den zwanziger und dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts mehrere Geschäfte aneinander, die Haushaltswaren anboten. Dem Epa-Warenhaus mit der Hausnummer 11 folgten das „Magazin Nathan Rothschild“ (12), Lindemann (15) und schließlich Meyer in der „Blankenburg“ (16), dazwischen lag das Modehaus Löbenstein & Freudenthal (13/14).⁴ Im Einwohnerbuch 1940 hatten drei der Geschäfte einen anderen Namen: Aus der „epa“ (= Einheitspreis-Aktiengesellschaft) war 1937 die „Kepa“ (= Keine Epa) geworden, in Rothschilds Geschäft verkaufte Bastian seit dem 1. Januar 1936 Stoffe, bei Löbenstein & Freudenthal hatte im Oktober 1936 Kreßmann sein Textilhaus eingerichtet.⁵ Die zeitliche Nähe des Namens- und Eigentümerwechsels der Geschäfte hatte einen Grund: Sie gehörten Juden.



Hoher Weg mit Magazin N. Rothschild 1910 und mit Deichmann 2018

⁴ Adreßbuch der Stadt Hildesheim 1928/29. Hildesheim 1929.

⁵ Einwohnerbuch der Stadt Hildesheim 1940. Hildesheim 1940.

(Archiv Gerstenberg; Hartmut Häger)

Auf die früheren Eigentümer des Hauses Hoher Weg 12 weist eine Gedenktafel hin, die am 9. April 2018 enthüllt wurde: „Hier wohnte und arbeitete die Familie Rothschild 1887–1938: Jenny Rothschild, Margarete Adler geb. Rothschild, Philipp, Inge und Ruth Adler. Erich, Ilse, Lotte, Alice und Eva Rothschild. 1934 Zwangsverkauf des Geschäftshauses. 1938/1939 Flucht nach Neuseeland.“⁶ Wer war diese Familie, warum musste sie das Geschäftshaus verkaufen, und warum floh sie?



Nathan Rothschild
(Privatbesitz Dr. Solly Faine)



Jenny Rothschild geb Weil

Der Gründer und Namensgeber des „Magazins“, Nathan Rothschild, wurde am 20. März 1857 als Sohn eines Kaufmanns in Netra, Kreis Eschwege, geboren. Er heiratete am 23. März 1887 in Steinheim, Kreis Höxter, Jenni Weil (die später nur noch Jenny geschrieben wurde), die dort am 25. März 1860 zur Welt gekommen war.⁷ Von ihren drei Söhnen starben Georg und Fritz im Ersten Weltkrieg.⁸ Georg, geboren am 6. Oktober 1890 in Hildesheim, kam am 23. Februar 1916 bei Chomewitsche ums Leben, Fritz, geboren am 30. Juli 1893 in Hildesheim wurde seit dem 23. November 1915 bei Bersemünde vermisst. Die jüdische Gemeinde gedachte der beiden Kriegstoten auf ihrer Ehrentafel für die zwölf jüdischen Gefallen des Ersten Weltkriegs.⁹ Der älteste, Erich, der am

⁶ Den Text entwarf Deb Filler in Abstimmung mit ihrer Mutter Ruth Filler 2016; E-Mail-Austausch mit Hartmut Häger, Helge Hilgert und Kulturbüro der Stadt Hildesheim 2016 bis 2018; die Verlegung von „Stolpersteinen“ wurde erwogen aber verworfen.

⁷ Regierungspräsident Hannover - Entschädigungsbehörde: Bundesergänzungsgesetz; Rothschild, Ilse. NLA Hannover, Nds. 110 W Acc. 14/99 Nr. 125757, Unterakte Goodwill E 26. Deb Filler, Familiendaten. Toronto, 26.3.2018. E-Mail an Hartmut Häger.

⁸ Grabsteininschrift auf dem jüdischen Friedhof, Peiner Straße, Reihe 32 Grabnummer: 3, 4.

⁹ Hartmut Häger, Kriegstotengedenken in Hildesheim: Geschichte, Funktionen und Formen; mit einem Katalog der Denkmäler für Kriegstote des 19. und 20. Jahrhunderts, Hildesheim 2006, S. 259–260.

15. Februar 1888 in Lauterberg geboren wurde,¹⁰ kam mit einigen Verwundungen aus dem Krieg zurück. Am 26. Juni 1890 zog die Familie von Lauterberg nach Hildesheim, Altpetristraße und von dort am 16. November 1899 weiter zum Hohen Weg 12 (bei Schaare).¹¹ Erich wuchs also in Hildesheim auf, verließ das Andeanum 1903 mit dem „Einjährigen“, der Mittleren Reife, und absolvierte danach eine kaufmännische Lehre.¹² Ihre Tochter Margarete („Grete“) wurde am 26. Oktober 1895 in Hildesheim geboren. Sie absolvierte das Mädchenlyceum. Im Geschäft ihrer Eltern erhielt sie eine kaufmännische Ausbildung.¹³

3. Die Geschäftsentwicklung bis 1933

Nathan Rothschild gründete die Firma „Magazin – Nathan Rothschild“ am 5. Januar 1900. Der Anfang war nicht leicht. Über das Vermögen wurde am 29. Februar 1904 der Konkurs eröffnet. Offenbar gelang es ihm, die Gläubiger zufriedenzustellen, denn am 22. Oktober 1904 wurde das Verfahren aufgehoben. Am 1. November 1920 wurde das Geschäft mit dem Eintritt von Erich als Gesellschafter in eine OHG umgewandelt. Nach dem Tod von Nathan Rothschild am 12. November 1925¹⁴ nahm seine Frau Jenny am 31. Juli 1926 seine Stelle in der Geschäftsführung ein. Sie hatte da schon das 65. Lebensjahr vollendet und überließ das operative Geschäft ihrem Sohn. Sichtbar wurde die Veränderung am 30. November 1926, als im Handelsregister der Firmennamen auf „Magazin N. Rothschild“ verkürzt wurde.¹⁵ Man handelte mit Haus- und Küchengeräten, Glas, Porzellan und Steingut, Galanterie- und Lederwaren – so stand es im Adressbuch 1928/29.



Grabstein für Georg, Fritz und Nathan Rothschild, jüdischer Friedhof, Peiner Straße, Hildesheim (Hartmut Häger, 30.3.2018)

¹⁰ Regierungspräsident Hannover - Entschädigungsbehörde: Bundesergänzungsgesetz; Rothschild, Ilse. NLA Hannover, Nds. 110 W Acc. 14/99 Nr. 125757, Blatt 31.

¹¹ Stadt Hildesheim; Ordnungsamt: Melderegister. Stadtarchiv Hildesheim, Best. 102 Nr. 7427.

¹² Regierungspräsident Hannover - Entschädigungsbehörde: Bundesergänzungsgesetz; Rothschild, Ilse. NLA Hannover, Nds. 110 W Acc. 14/99 Nr. 125757, Unterakte E 75-77.

¹³ Regierungspräsident Hannover - Entschädigungsbehörde: Adler, Margarete geb. Rotschild (sic!). NLA Hannover, Nds. 110 W, Acc. 84/90 Nr. 90, Blatt 1–5.

¹⁴ Abweichend vom Gräberverzeichnis der RBG (dort 12.1.1925) Deb Filler, Familiendaten. Toronto, 26.3.2018. E-Mail an Hartmut Häger. Stadt Hildesheim, Standesamt, Sterbebuch für das Jahr 1925, Urkunde Nr. 826, Stadtarchiv Hildesheim, Best. 60 Nr. S 98.

¹⁵ Regierungspräsident Hannover - Entschädigungsbehörde: Bundesergänzungsgesetz; Rothschild, Ilse. NLA Hannover, Nds. 110 W Acc. 14/99 Nr. 125757, Unterakte E 84.

Am 14. März 1932 wurde wieder ein Vergleichsverfahren eröffnet. Durch die Wirtschaftskrise waren 1931 die Preise um die Hälfte gefallen. Die Waren mussten unter dem Einkaufspreis verkauft werden. Dazu kam, dass die Firma Rothschild hochwertige Artikel anbot und auch an andere Einzelhändler und Gastronomiebetriebe lieferte. Die krisenbedingt schwächere Nachfrage und der dadurch eintretende Angebotsüberhang brachte das Geschäft, wie zahllose andere auch, in Zahlungsschwierigkeiten, die aber schon am 15. April bereinigt waren. Der Konkursantrag wurde wieder zurückgenommen. Die meisten Lieferanten lieferten künftig neue Ware auf Kredit, und auch die Banken bewilligten dem Unternehmen Darlehen.¹⁶

Zu der Zeit arbeiteten im Geschäft dreißig Festangestellte: fünfzehn Verkäuferinnen, vier Verkaufslehrlinge, zwei Dekorateure, ein Dekorateurlehrling, ein Büroleiter, eine Buchhalterin, eine Kontoristin, zwei Bürolehrlinge, ein Expedient, zwei Kraftfahrer und Saisonauhilfen.¹⁷ Dazu gehörten auch die Familienangehörigen Grete und Ilse, geborene Adler, die am 2. Juni 1898 in Hameln geboren wurde und dort am 24. Januar 1921 mit Erich die Ehe geschlossen hatte.¹⁸



Erich Rothschild
(Privatbesitz Dr. Solly Faine)



Ilse Rothschild geb. Adler

Grete hatte am 29. Oktober 1922 in Hildesheim den Kaufmann Philipp Adler geheiratet, ein Cousin zweiten Grades von Ilse.¹⁹ Sie zog mit ihm nach Köln²⁰, kam aber nach dem Tod ihres Vaters 1925 zurück ins elterliche Unternehmen. Als Leiterin der Spielwarenabteilung hatte sie mehrere

¹⁶ Regierungspräsident Hannover - Entschädigungsbehörde: Bundesergänzungsgesetz; Rothschild, Ilse. NLA Hannover, Nds. 110 W Acc. 14/99 Nr. 125757, Unterakte Goodwill E 26.

¹⁷ Regierungspräsident Hannover - Entschädigungsbehörde: Bundesergänzungsgesetz; Rothschild, Ilse. NLA Hannover, Nds. 110 W Acc. 14/99 Nr. 125757, Unterakte Goodwill E 29.

¹⁸ Regierungspräsident Hannover - Entschädigungsbehörde: Bundesergänzungsgesetz; Rothschild, Ilse. NLA Hannover, Nds. 110 W Acc. 14/99 Nr. 125757, Blatt 21.

¹⁹ Deb Filler, Familiendaten. Toronto, 26.3.2018. E-Mail an Hartmut Häger.

²⁰ Ruth Filler, Familien Adler und Rothschild. 7/7 St Vincent Ave, Remuera, Auckland, 4.2.2018. E-Mail an Hartmut Häger.

Verkäuferinnen unter sich, war für den Ein- und Verkauf zuständig und besuchte aus diesem Grund jährlich die Leipziger Frühjahrs- und Herbstmesse.²¹

Philipp Adler wurde am 28. Oktober 1888 in Obernkirchen geboren, absolvierte die Mittelschule und Handelsschule in Osnabrück sowie eine dreijährige Textilkaufmannslehre. Nach seiner Tätigkeit im Geschäft seines Schwagers begann er 1930 als Vertreter und 1933 als Großhändler. Er belieferte Zuckerwarenfabriken mit Zugabeartikeln auf eigene Rechnung.²²

Die Familien hatten sich inzwischen vergrößert. Margarete Adler hatte Ingeborg am 17. Oktober 1923 in Köln zur Welt gebracht und Ruth am 15. März 1929 in Hildesheim.²³ Ilse Rothschild hatte in Hildesheim Lotte am 19. Dezember 1921, Liesel am 12. September 1925 und Eva am 27. August 1926 geboren.²⁴ Beide Eltern sorgten für eine gute Bildung ihrer Töchter und schickten Lotte auf die Goetheschule und Liesel, Eva und Inge auf das Marienlyceum.²⁵ Ruth ging als Jüngste zur jüdischen Volksschule am Lappenberg. Die Familien Adler und Rothschild lebten in verschiedenen Wohnungen über dem Geschäft im Hohen Weg 12.²⁶



Philipp Adler (1944)



Ruth, Margarete, Inge Adler

(Fotos: Esther Haver; Privatbesitz Dr. Solly Faine)

²¹ Regierungspräsident Hannover - Entschädigungsbehörde: Adler, Margarete geb. Rothschild (sic!). NLA Hannover, Nds. 110 W, Acc. 84/90 Nr. 90, Blatt 1–3.

²² Regierungspräsident Hannover - Entschädigungsbehörde: Bundesergänzungsgesetz; Adler, Philipp. NLA Hannover, Nds. 110 W Acc. 84/90 Nr. 95, Vorblatt und Blatt 25–27.

²³ Ruth Filler, Familien Adler und Rothschild. 7/7 St Vincent Ave, Remuera, Auckland, 23.9.2017. E-Mail an Helge Hilgert.

²⁴ Ginger Safstrom, Rothschild-Kinder, 24.1.2018 an Hartmut Häger.

²⁵ Werner Seidler, Die Hildesheimer Gymnasien im „Dritten Reich“. Hildesheim 2013, S. 833–834.

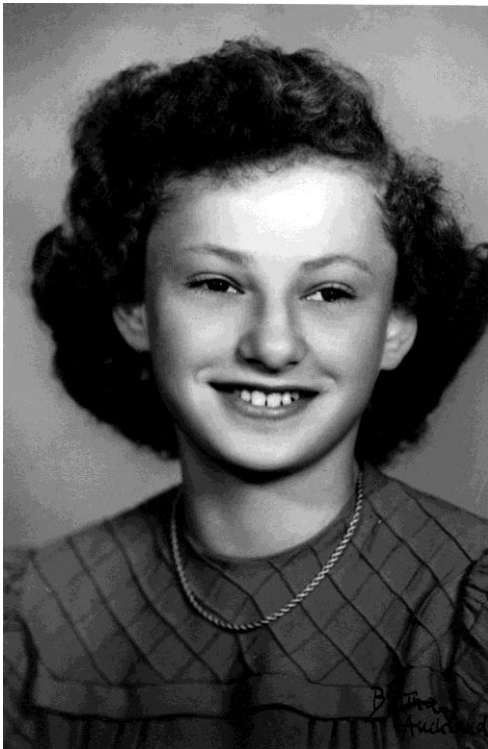
²⁶ Zuletzt in Einwohnerbuch der Stadt Hildesheim 1935. Hildesheim.



Lotte Rothschild



Liesel („Alice“) Rothschild



Eva Rothschild

(Fotos: Privatbesitz Dr. Solly Faine)

4. Das Geschäft im Visier der Nationalsozialisten (1933–1935)

Kaum hatte die NSDAP in Hildesheim die Macht „ergriffen“, begann sie mit der Einschüchterung und Verdrängung der jüdischen Geschäftsleute. Offenbar organisierte auch in Hildesheim die lokale SA-Führung in Verbindung mit dem lokalen Führer des Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes den „Judenboykott“ am 1. April 1933. Das ergibt sich aus einer Kundgebung gegen Konsumvereine und Warenhäuser, zu der der Kampfbund unter Leitung seines „Führers“, des Tischlermeisters und Bürgervorstehers Hans Schlotter, am 28. März eingeladen hatte. Der Hauptredner, der Landtagsabgeordnete Georg Schrader aus Hannover, nahm Bezug auf die bevorstehenden

„Abwehrmaßnahmen“. Schuld daran seien die Juden im Ausland. Drohend fügte er hinzu, dass die SA-Leute „nur noch mit Mühe zurückgehalten werden“ könnten. Laut HAZ-Bericht am 29. März hatten über 1.000 Personen die Veranstaltung besucht.²⁷ Hans Schlotter war der Kreisamtsleiter der Nationalsozialistischen Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation (NS-HAGO), örtlicher Führer des Kampfbunds des gewerblichen Mittelstandes und „Kreisbeauftragter der NSDAP für die Judenfrage“.²⁸

Die erwähnten SA-Männer organisierten ihren Boykott am 1. April 1933 und den Anschlag auf die Geschäfte am Hohen Weg am 31. Mai 1933²⁹ offenbar mit Hilfe einer „schwarzen Liste“, die – nach Straßen und Hausnummern geordnet – 44 Geschäfte in der Hildesheimer Innenstadt enthielt, außerdem fünf Viehhändler, drei Rechtsanwälte, sechs Ärzte, zwei Ärztinnen und einen Zahnarzt. Der wegen seiner jüdischen Ehefrau Helene boykottierte katholische Eigentümer des Handarbeitsgeschäfts Hermann Evers erwähnte diese Liste am 27. Oktober 1933 in seinem Beschwerdeschreiben an den „Treuhand für Arbeit“. Ein Exemplar des zweiseitigen hektographierten Verzeichnisses ohne Nennung eines für den Inhalt Verantwortlichen erhielt er offenkundig in Nettlingen und fügte es einem weiteren Beschwerdebrief an den „Treuhand“ (das Landesarbeitsamt Hannover) am 29. Mai 1935 bei. Sein Geschäft und das Magazin Rothschild standen auch darauf.³⁰

Mit dem zwölften Glockenschlag der Andreaskirchturmuhre warfen am 31. Mai 1933 mutmaßlich dreißig junge Männer gleichzeitig ebenso viele Schaufenster ein. Betroffen waren die Firmen Alsberg, Eugen Spiegel, Levy, Epa, Magazin N. Rothschild, Löbenstein & Freudenthal und Schürmann. Noch nannte die Hildesheimer Allgemeine Zeitung den Vorgang „eine Gewalttat sondergleichen“. Sie schrieb aber auch ängstlich, es habe sich noch nicht feststellen lassen, in welchen Kreisen die Täter zu suchen sind. Lediglich die Personalien eines jungen Mannes seien festgestellt worden, „den ein Wächter einer der betroffenen Firmen vorher dort gesehen haben will.“ Die Polizei stellte am nächsten Morgen Posten auf, „um evtl. Plünderungen vorzubeugen“. Statt Waren zu verkaufen, entfernte das Personal die Scherben aus den Auslagen und verhängte die Schaufenster. Viele Neugierige betrachteten den angerichteten Schaden. Verhaftungen gab es keine.³¹

²⁷ Hans-Dieter Schmid, Hildesheim in der Zeit des Nationalsozialismus. Eine Stadt zwischen Angst und Anpassung. Hildesheim 2015, S. 35.

²⁸ Hans-Dieter Schmid, Hildesheim in der Zeit des Nationalsozialismus. Eine Stadt zwischen Angst und Anpassung. Hildesheim 2015, S. 68. Die Funktionsbezeichnung „Kreisbeauftragter der NSDAP für die Judenfrage“ verwendete der „Hildesheimer Beobachter“ am 12. August 1935 in einem längeren Artikel „Juden in Hildesheim unerwünscht“, der über die Aufhängung mehrerer „Stürmer-Kästen“ berichtete. Schlotter hielt eine Hetzrede an der „Kunstuhr“ in der Scheelenstraße. Von all dem war in der Laudatio auf Hans Schlotter anlässlich seines 90. Geburtstages am 31. Juli 1995 im Hildesheimer Jahrbuch 1995, Band 67, S. 517–520, von Stadtarchivar Dr. Herbert Reyer nichts zu lesen. Dort heißt es anerkennend: „Bereits als junger Mann war er von 1933 bis 1934 Stadtverordneter und saß schließlich seit 1935 als Ratsherr im Hildesheimer Magistrat. Von 1934 bis 1942 bekleidete er das Amt des Kreishandwerksmeisters der Kreise Hildesheim-Stadt und Hildesheim-Marienburg und war von 1936 bis 1943 auch Bezirksinnungsmeister für das Tischlerhandwerk. Kriegsdienst (seit 1943), Gefangenschaft und die Zerstörung seiner Heimatstadt zwangen ihn zu einem gänzlichen Neuanfang. ... Als junger Erwachsener machte er die aufwühlenden Jahre der Weimarer Zeit und des „Dritten Reiches“ mit und begann schließlich eine neue Existenz in den Jahren des Aufbaus nach der Zerstörung seiner Heimatstadt unter den demokratischen Vorzeichen der Bundesrepublik Deutschland.“ Wegen seiner Verdienste um die genealogische Erforschung der Hildesheimer Geschlechter und um den Hildesheimer Heimat- und Geschichtsverein wurde er 1992 dessen Ehrenmitglied. Auch der Nachruf Reyers anlässlich des Todes von Schlotter am 3. Juni 1998 (Hildesheimer Jahrbuch 1998/99, Band 70/71, S. 527–535) ignoriert Schlotters unheilvolles Wirken in der NS-Zeit in Hildesheim. Dietrich Schlotter machte allerdings gegenüber dem Verfasser am 12.6.2018 geltend, dass sein Vater lt. Entnazifizierungs-Entscheidung in Hildesheim in mündlicher Verhandlung vom 24.2.1949 weitgehend entlastet wurde: „Die eingehende Vernehmung von 6 Zeugen haben die Einlassungen des Betroffenen vollauf bestätigt und selbst die geladenen Belastungszeugen konnten keine positiven Belastungspunkte von nennenswerter Bedeutung vorbringen.“ (Blatt 1 Seite 2 Abs.3 der Akte).

²⁹ Hans-Dieter Schmid, Hildesheim in der Zeit des Nationalsozialismus. Eine Stadt zwischen Angst und Anpassung. Hildesheim 2015, S. 37.

³⁰ Regierungspräsident Hannover - Entschädigungsbehörde: Bundesentschädigungsgesetz; Evers, Helene. NLA Hannover, Nds. 110 W Acc. 91/92 Nr. 560, Blatt 46–47..

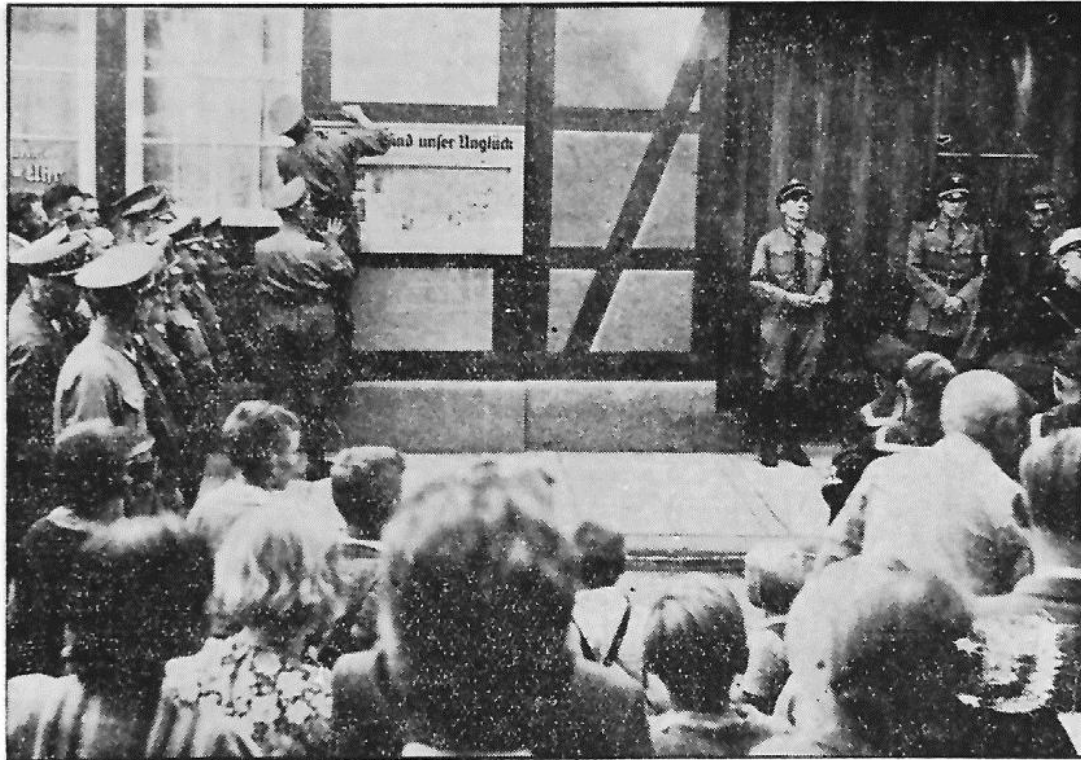
³¹ HAZ v. 31.5.1933.

Die jüdischen Eigentümer hatten die brutale Botschaft verstanden. Der Hildesheimer Regierungspräsident meldete am 4. November 1935 an das Gestapo-Amt Berlin für den Monat Oktober: „Sehr viele, auch größere Geschäftsleute, gehen mit der Absicht um, Deutschland endgültig zu verlassen.“³² Allerdings hatte die Kundschaft ihre Lektion noch nicht gelernt, weil, so der Bericht einen Monat später, „der Besuch jüdischer Geschäfte, insbesondere größerer Kaufhäuser, durch die Landschaft, ... während der Weihnachtszeit äußerst rege (war).“³³ Und das, obwohl Kampagnen vorangegangen waren, die die Juden rassistisch diskriminieren und gesellschaftlich isolieren sollten. So veröffentlichte die Hildesheimer Allgemeine Zeitung am 6. August 1935 im redaktionellen Teil einen ungezeichneten Aufruf mit der Überschrift „Wir stoßen erneut vor!“. Der kurze Vorspann erläuterte Motivation und Absicht der einundzwanzig angekündigten „Reichsredner“ und „Parteigenossen“: „Es waren politische Ferien, sie sind vorbei. Neu gestärkt, in geschlossener Front, setzt der Kampf ein und reißt allen Volks- und Rassenfreunden die Maske vom Gesicht.“ Die Versammlungen fanden jeweils in einem zentralen Ort jedes Landkreises des Regierungsbezirks statt. Der letzte Satz lautete: „Juden haben keinen Zutritt.“ Hildesheim fehlt in der Liste. Die im Propagandaaufruf vergessene Versammlung fand am Mittwoch, 21. August 1935, in der Hildesheimer Ausstellungshalle statt. Einen Tag später berichtete die HAZ ausführlich über „die erste Großkundgebung nach den politischen Ferien“, bei der Gauschulungsleiter Schirmer aus Hannover zwei Stunden lang „Tausende von Hildesheimer Volksgenossen“ auf den Rassismus als Staatsdoktrin einschwor: „Heute geht es um mehr als um die Bekämpfung kleiner Miesmacher und Meckerer. Heute greift man nicht allein einige Maßnahmen des Staates an, **jetzt tastet man den Grundgedanken unserer Idee an**, in der klaren Erkenntnis, daß, wer den Staat Adolf Hitlers stürzen will, vorher seine sittlichen Grundlagen zerschlagen haben muß. Darum richten sich alle Angriffe gegen den einen Gedanken von der rassistischen Grundlage des Staates, den tiefsten des Nationalsozialismus. Man findet tausend Möglichkeiten, diesen Gedanken verächtlich zu machen oder ihn als unwissenschaftlich hinzustellen. Diese Angriffe werden aber nicht nur erhoben aus den Reihen des früheren Zentrums, dazu gesellen sich zahlreiche Geistliche anderer Konfessionen, dazu die Vertreter der Reaktion vom adligen Monokelträger bis zu den Staatsfeinden des Bolschewismus. Alle die Einwände, die uns von diesen Seiten gemacht wurden, haben wir nicht zu widerlegen brauchen, wir haben sie einfach totgelebt.“³⁴

³² Klaus Mlynek, Gestapo Hannover meldet. Polizei- und Regierungsberichte für das mittlere und südliche Niedersachsen zwischen 1933 und 1937. Hildesheim 1986, S. 443.

³³ Klaus Mlynek, Gestapo Hannover meldet. Polizei- und Regierungsberichte für das mittlere und südliche Niedersachsen zwischen 1933 und 1937. Hildesheim 1986, S. 483. Der Lagebericht des Hildesheimer Regierungspräsidenten an den Reichsminister des Innern für die Monate April/Mai 1935 (1. Juni 1935) denunzierte zwei Hildesheimer Persönlichkeiten, die sich den Boykotten jüdischer Geschäftsleute widersetzen: Prof. Dr. Friedrich Schöndorf (1884–1941), seit 1925 städtischer Museumsdirektor, und Oberstleutnant a. D. Alfred Niemann (1873–1946). Klaus Mlynek, Gestapo Hannover meldet. Polizei- und Regierungsberichte für das mittlere und südliche Niedersachsen zwischen 1933 und 1937. Hildesheim 1986, S. 381.

³⁴ „Der Kampf gegen die Dunkelmänner“ in HAZ v. 22.8.1935 (Fettdruck im Original).



Die Aufhängung des „Stürmer“-Kastens an der Kunstfuhr

(Im Tor links: Hans Schlotter bei seiner Rede)³⁵ In der Nähe der Kunstfuhr am Pferdemarkt befand sich das Magazin N. Rothschild.

Parallel dazu wurden „Stürmer-Kästen“ mit widerwärtiger antisemitischer Hetze aufgestellt, Schilder mit der Aufschrift „Juden unerwünscht“ angebracht und, besonders ekelregend, die „Rassenschande“-Aktion durchgeführt.³⁶ Sie begann vor dem „Parteitag der Freiheit“, der vom 10. bis 16. September eigentlich nur die „Wehrfreiheit“, die völkerrechtswidrige Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, feiern sollte. Ihn nutzte die Reichs- und Parteiführung als Forum für den Beschluss der Nürnberger Rassengesetze am 15. September 1935, wozu der Reichstag telegrafisch nach Nürnberg einberufen worden war. Erst durch das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“³⁷ und das „Reichsbürgergesetz“³⁸ wurde die Diskriminierung der Juden zur Rechtsnorm und die „Rassenschande“ justitiabel, was die Justiz nicht an einer rückbezüglichen Rechtsprechung hinderte und den „Stürmer“ veranlasste, als Strafmaß die Todesstrafe zu fordern.

³⁵ Hildesheimer Beobachter am 12. August 1935.

³⁶ Hans-Dieter Schmid, Hildesheim in der Zeit des Nationalsozialismus. Eine Stadt zwischen Angst und Anpassung. Hildesheim 2015, S. 71.

³⁷ RGBl. I S. 1146.

³⁸ RGBl. I S. 1146.



39

5. Eine „Kuss-Affäre“ wird zur existenzvernichtenden „Rassenschändung“

Die im Untergrund recherchierten und in Prag erstellten „Deutschland-Berichte“ der Exil-SPD zählten 1935 reichsweit rund 200 Fälle, von denen sich zwei in Hildesheim ereigneten. Einmal hatte hier die Große Strafkammer einen jüdischen Angeklagten wegen versuchter Rassenschande zu einem Jahr, drei Monaten Gefängnis verurteilt.⁴⁰ Der andere Fall betraf Erich Rothschild, und dabei ging es vor allem darum, ihn geschäftlich zu ruinieren.

Der nach dem Krieg von Ilse Rothschild mit ihrer Vertretung im Wiedergutmachungsverfahren beauftragte, nach London emigrierte Rechtsanwalt Dr. Julius Loeb – einer der drei auf Schlotter's „schwarzer Liste“⁴¹ – schilderte der Entschädigungsbehörde 1955, was sich nach seiner Erinnerung zwanzig Jahre zuvor ereignet hatte: Erich Rothschild habe auf der Landstraße ein neben ihm im Auto sitzendes junges Mädchen geküsst. Die Parteistellen machten daraus eine anti-jüdische Aktion. Erich wurde von der Gestapo in Schutzhaft genommen und im Polizeigefängnis Hildesheim inhaftiert. Die Strafe von einem Monat verbüßte er im Gerichtsgefängnis Hannover. Normalerweise wäre kein öffentliches, sondern ein privates Verfahren zu erwarten gewesen – was die Betroffene aber nicht angestrebt hätte. Gleichwohl rügte er das Verhalten Rothschild's, hielt dafür aber allenfalls eine

³⁹ Deutsches Historisches Museum, Stürmer-Plakat: Rassenschande, 1935. Online verfügbar unter https://de.wikipedia.org/wiki/Der_St%C3%BCrmer#/media/File:Deutsches_Historisches_Museum_Der_St%C3%BCrmerplakat.jpg, zuletzt geprüft am 28.3.2018.

⁴⁰ Klaus Behnken(Hg), Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1936. Sozialdemokratische Partei Deutschlands. 6. Aufl. 1934–1940. Salzhausen 1982, S. 986–988, 1026–1045.

⁴¹ Die anderen waren Dr. Hugo Goldberg, ein Freund der Familie Rothschild, und Dr. Eduard Berg, der Synagogenvorsteher.

Geldbuße zugunsten einer gemeinnützigen Einrichtung für angemessen. Das große Geschäftslokal des Magazin N. Rothschild in bester Lage am Hohen Weg sei von der Gestapo in Verbindung mit der örtlichen NSDAP-Leitung zwangsweise geschlossen worden. Von amtlicher Seite habe man einen Zettel am Schaufenster angebracht: „Wegen Rassenschande geschlossen“. Ilse Rothschild habe ihn aus der über dem Geschäft liegenden Wohnung angerufen, weil sich vor dem Geschäft – offenbar auf Bestellung – eine Menschenmenge drohend versammelt hatte. Durch den Boykott gegen jüdische Geschäfte und durch diesen Vorgang sei das Geschäft völlig zum Erliegen gekommen und in Konkurs gegangen. Weil in Hildesheim die Perspektive verbaut war, sei die Familie nach Hannover umgezogen.⁴²

Die Hildesheimer Allgemeine Zeitung unterrichtete ihre Leserschaft am Montag, 19. August 1935, über den Auslöser der Kampagne zwischen einem kurzen Personalbericht über die Beförderung von Dr. Huwe zum Oberregierungs- und Medizinalrat und einem Hinweis auf das Erscheinen einer Wollhandkrabbe im Schaufenster einer Fischhandlung: „In Schutzhaft genommen wurde am letzten Sonnabend der Mitinhaber des Kaufhauses N. Rothschild, Hoher Weg 12, Kaufmann Erich Rothschild, der sich einer seiner Angestellten gegenüber allzuliebenswertig benommen hat.

Außerdem ist gegen Rothschild Strafantrag gestellt. Am Geschäftslokal der Firma befindet sich seit Sonnabend ein Schild ‚Wegen versuchter Rassenschändung geschlossen.‘⁴³

Wie der Hildesheimer Beobachter berichtete auch die Hildesheimer Allgemeine Zeitung am 24. Oktober 1935 über den Rothschild-Prozess. Um Sachlichkeit bemüht, schrieb die „Allgemeine“: „Unter der Anklage der tätlichen Beleidigung stand E. R. von hier, der beschuldigt wird, als Jude sich an einem deutschen Mädchen vergangen zu haben und dieses geküßt zu haben. In Behinderung des Kraftwagenführers seiner Firma, hatte der Angeklagte mit einer Verkäuferin der Firma eine Autofahrt in den Landkreis Hildesheim unternommen, um die Kundschaft der Firma zu besuchen. Eine andere Verkäuferin, die auf einer Radfahrt unterwegs war, hatte auf der Landstraße unweit von Hönnersum beobachtet, daß der Wagen auf der Landstraße hielt, und daß der Angeklagte die in seiner Begleitung mitfahrende Verkäuferin geküßt hatte. Der Angeklagte ist in vollem Umfang geständig, bestreitet aber sonst irgendwelche Absichten gehabt zu haben. Wenn ihm auch von dem jungen Mädchen auch keine Veranlassung zum Küssen gegeben sei, so mußte das junge Mädchen andererseits zugeben, daß sie dem Angeklagten keinen Widerstand entgegengesetzt habe. Hatte der Vertreter der Staatsanwaltschaft mit Rücksicht auf die weltanschauliche Einstellung gegen derartiges Tun der jüdischen Rasse, gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten beantragt, so kam das Gericht nur zur Verhängung einer Gefängnisstrafe von 1 Monat wegen tätlicher Beleidigung und zur Verurteilung des Angeklagten zu den Kosten des Verfahrens. Strafmildernd mußte berücksichtigt werden, daß der Angeklagte als Frontkämpfer seine Pflicht gegenüber Deutschland getan habe und andererseits, daß die Zeugin dem Angeklagten nicht energisch genug Widerstand entgegengesetzt habe.“⁴⁴

Der „Beobachter“ brandmarkte in seinem Prozessbericht Rothschilds Verhalten als „rassewidriges Küssen eines deutschen Mädchens“. Das Gericht habe sich auf den Standpunkt gestellt, „daß es sich hier um eine unerlaubte jüdische Anmaßung gegen eine Angehörige des deutschen Volkes handele, die man aus rassepolitischen Erwägungen nicht hingehen lassen könne, umso mehr, als dem Juden ausreichend bekannt sein mußte, wie sehr rassische Vergehen von dem deutschen Volke mißbilligt werden.“ Zum Schluss höhnte der „Beobachter“: „Nun hat Jud Rothschild Zeit, sich einen Monat lang in Andacht zu überlegen, daß deutsche Mädchen kein Freiwild für jüdische Lüsterheit oder ‚väterliche Gefühle‘ sind, sondern daß er sich in Deutschland, wo er zu Gast ist, anständig und unanstößig zu betragen hat.“⁴⁵ Der Staatsanwalt hatte das Verfahren am 26. September 1935 eröffnet. Die gegen das Urteil eingelegte Revision wurde am 12. November 1935 verworfen. Am 4. März 1936 trat Rothschild den Strafvollzug an.⁴⁶

Der Hildesheimer Beobachter hatte mit seinem Artikel am 19. August 1935 unbeabsichtigt den Beweis geliefert, dass es sich bei dem ganzen Verfahren um eine Inszenierung handelte. Er schrieb, der

⁴² Regierungspräsident Hannover - Entschädigungsbehörde: Bundesergänzungsgesetz; Rothschild, Ilse. NLA Hannover, Nds. 110 W Acc. 14/99 Nr. 125757; Unterakte E Blatt 4–8.

⁴³ HAZ v. 19.8.1935. Die unterstrichenen Wörter sind im Original gesperrt.

⁴⁴ HAZ v. 24.10.1935. Die unterstrichenen Wörter sind im Original gesperrt.

⁴⁵ HB v. 24.10.1935.

⁴⁶ Regierungspräsident Hannover - Entschädigungsbehörde: Bundesergänzungsgesetz; Rothschild, Ilse. NLA Hannover, Nds. 110 W Acc. 14/99 Nr. 125757, Blatt 51.

Vorfall habe sich bereits Ende Juli ereignet. Die Gestapo nahm Rothschild aber erst am 17. August in Schutzhaft, unmittelbar vor der antisemitischen, rassistischen Propagandaschlacht. Offenbar brauchte man drei Wochen, um nach dem Ende der „politischen Ferien“ zu erreichen, dass „die Straße am Hohen Weg (stundenlang) schwarz von Menschen (war), die in größter Disziplin, aber deswegen nicht weniger deutlich gegen die rasseschändischen Versuche des Juden Rothschild demonstrierte. Und dem, der nichts ahnend am Judenladen Rothschilds vorbei kam, der konnte an den geschlossenen Eingängen und an einem angebrachten Schild erkennen, daß der Laden des in Schutzhaft genommenen Juden Rothschild ‚wegen versuchter Rasseschändung geschlossen‘ war.“ Die „spontan“ demonstrierenden Hildesheimer dienten dem „Beobachter“ – und am 23. Oktober 1935 dem Schöffengericht in der Urteilsbegründung – als willkommener Beleg für die Behauptung, „wie sehr rassistische Vergehen von dem deutschen Volke mißbilligt werden“.

Im Wiedergutmachungsverfahren befragte die Entschädigungsbehörde am 22. Juli 1960 den damaligen Konkursverwalter, Rechtsanwalt und Notar Konrad Köhler II, Hildesheim. Seine Antworten wirken wie der Versuch einer Selbstentlastung: Er habe von der „Kuss-Affäre“ nur oberflächlich durch Erzählen erfahren. Ein Schild „Rassenschande“ am Eingang sei ihm nicht bekannt. Die Gestapo habe das Geschäft nicht geschlossen. Die Firma sei seines Wissens „bis über den Schornstein“ belastet gewesen.⁴⁷ Der Konkurs sei nicht politisch motiviert, sondern rein sachlich geboten gewesen.

Dieser Darstellung widersprach Ilse Rothschild am 24. September 1960 mit einer ausführlichen Vorgangsbeschreibung, deren Fakten mit dem Bericht im „Hildesheimer Beobachter“ übereinstimmen. „Montag morgen (also am 19. August 1935, H. H.) kamen 3 Leute in SS Uniform, und forderten mich auf das Schild vom Fenster zu entfernen, u. das Geschaef zu oeffnen, wozu ich mich sehr schwer entschloss. Wer die Angestellten zurueckgerufen hatte weiss ich nicht, doch waren alle wieder da. Nun ging´s los. In den naechsten Tagen kamen alle paar Stunden SS Leute u. andere, die sich als Abgeordnete der Gestapo ausgaben, sich in´s Buero setzten, mir die Schreibtischschluessel abverlangten, in die Geschaefsbuecher sahen u. tausend Fragen an mich stellten. Ich bat mich, eine Frau, doch in Ruhe zu lassen, denn durch ihre Gegenwart traue sich kein Kunde in´s Geschaef. Darauf riet man mir das Geschaef zu schliessen, oder zu uebergeben. Durch die Nazipropaganda war das Geschaef schon auf dem Hund, aber jetzt war es vollkommen tot. Ich war verzweifelt u. ging zur Polizei wo, wie ich in Erfahrung gebracht hatte mein Mann in Haft war, und bat um eine dringende Geschaefunterredung mit ihm, die mir nach langem Hin und Her bewilligt wurde. Ich erklarte meinem Mann die Lage, u. bat ihn mir seine Einwilligung zum Konkurs zu geben. Schlecht war das Geschaef durch die Nazipropaganda sowieso u. den Nazis wollte ich es nicht ueberlassen. So glaubte ich, dass dies der einzige Weg war mir Ruhe zu verschaffen. Mein Mann weigerte sich auf´s Entschiedenste u. sagte, dass man ihn bald freilassen muesse, u. dieser Schritt absolut nicht noetig sei, u. dass er, bei freier Hand, alles guetig regeln koenne. Ich war aber so verzweifelt, u. geradezu lebensueberdruessig, dass mein Mann mir zuliebe, schweren Herzens, seine Zustimmung zur Konkurseroeffnung gab. Ich brachte die Eingabe zur Konkurseroeffnung persoendlich zum Gericht; mir war alles egal, ich wollte nichts als nur Ruhe haben. Ich bat beim Gericht mir Dr. Gronau, unseren langjaehrigen Treuhaender, als Konkursverwalter zu geben, weil dieser als solcher seit Jahren genauen Einblick in unsere Geschaefsverhaeltnisse hatte. Stattdessen uebergab man die Konkursverwaltung Herr Rechtsanwalt Dr. Koehler. Derselbe kam zu mir in die Wohnung, machte sich bekannt, u. versuchte mit mir ueber die Konkursangelegenheit zu sprechen, was ich hoechst taktlos empfand u. ablehnte. Ich bat Herrn Dr. K. mich waehrend des Konkursausverkaufs anzustellen, weil ich 3 unversorgte Kinder hatte. Er lehnte es ab mit der Begrueendung dass er die Frau des Schuldners nicht anstellen koenne, wohl aber meine Schwaegerin Grete Adler, geb. Rothschild, die ja sowieso Angestellte der Firma sei, ebenso wie mein Schwager Philip Adler. In meiner Notlage nahm ich mir Mittagsgaeste, juedische Angestellte anderer Firmen (Löbenstein & Freudenthal und Gebrüder Alsberg, H. H.), um so, mit meinen Kindern, freie Bekoestigung zu haben. Wir bekamen keinen Zuschuss fuer Lebensunterhalt aus der Konkursmasse, weder mein Mann, noch ich haben das Geschaef waehrend des Konkurses betreten.“⁴⁸

⁴⁷ Regierungspräsident Hannover - Entschädigungsbehörde: Bundesergänzungsgesetz; Rothschild, Ilse. NLA Hannover, Nds. 110 W Acc. 14/99 Nr. 125757, Unterakte E Blatt 90.

⁴⁸ Regierungspräsident Hannover - Entschädigungsbehörde: Bundesergänzungsgesetz; Rothschild, Ilse. NLA Hannover, Nds. 110 W Acc. 14/99 Nr. 125757, Unterakte Blatt 100–101; den maschinengeschriebenen Brief

Am 21. August 1935 wurde das Konkursverfahren eröffnet.⁴⁹ Mit Anzeigen, zum Beispiel im Hildesheimer Beobachter⁵⁰ und in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung am 10. September 1935, aber auch 285x40 mm groß im von der Gestapo wegen der projüdischen Haltung angeprangerten Katholischen Kirchenblatt für das Bistum Hildesheim am 15. September 1935⁵¹, kündigte der Konkursverwalter den Konkursverkauf an. Das Grundstück übernahm die Deutsche Central-Bodenkredit, Berlin, von der der Stoffhändler Paul Bastian das leerstehende Geschäftslokal Hoher Weg/Judenstr. 19 am 1. Januar 1936 mietete.⁵² Rechtlich erlosch die Firma am 15. Dezember 1942, dann erst endete das Konkursverfahren.⁵³

Der untere Teil der HAZ-Anzeigenseite vom 10. September 1935.

verfasste sie in 1 roseld Ave; Apt. A 1, Deal, New Jersey, wo sie Familienangehörige besuchte. Die Schreibweise wurde beibehalten.

⁴⁹ Regierungspräsident Hannover - Entschädigungsbehörde: Bundesergänzungsgesetz; Rothschild, Ilse. NLA Hannover, Nds. 110 W Acc. 14/99 Nr. 125757, Unterakte E Blatt 84.

⁵⁰ Jörg Schneider, Die jüdische Gemeinde in Hildesheim 1871–1942. Hildesheim 2003, S. 470.

⁵¹ Die Staatspolizeistelle Hildesheim meldete am 7. Januar 1936 an das Gestapo-Amt Berlin für den Monat Dezember 1935 im Kapitel IV Kirchliche Fragen b) Katholische Kirche: „Bemerkenswert ist auch, daß das hier gelesene katholische Kirchenblatt für die Diözese Hildesheim in jeder Ausgabe Anzeigen jüdischer Firmen bringt und gleichzeitig seine Leser auffordert, die Inserenten beim Einkauf zu berücksichtigen.“ Klaus Mlynek, Gestapo Hannover meldet. Polizei- und Regierungsberichte für das mittlere und südliche Niedersachsen zwischen 1933 und 1937. Hildesheim 1986, S. 489. Die Firma N. Rothschild befand sich nicht unter den Inserenten.

⁵² Regierungspräsident Hannover - Entschädigungsbehörde: Bundesergänzungsgesetz; Rothschild, Ilse. NLA Hannover, Nds. 110 W Acc. 14/99 Nr. 125757, Unterakte E Blatt 89.

⁵³ Regierungspräsident Hannover - Entschädigungsbehörde: Bundesergänzungsgesetz; Rothschild, Ilse. NLA Hannover, Nds. 110 W Acc. 14/99 Nr. 125757, Unterakte E Blatt 84.



Katholisches Kirchenblatt für das Bistum Hildesheim am 15. September 1935.

Nach der Einlassung von Rechtsanwalt Konrad Köhler im Jahr 1960 war der Konkurs des Magazins N. Rothschild der erste eines „jüdischen“ Geschäfts in Hildesheim.⁵⁴ Bekannt ist, dass Jonas Palmbaum, Almsstraße 9, sein seit 1885 als „Großhandelsfirma des deutschen Wollhandels“ bestehendes Geschäft bereits im Juli 1935 mittellos aufgeben musste.⁵⁵ Tatsächlich reihte sich der Rothschild-Konkurs ein in vorausgegangene und folgende Schikanen und Zwangsmaßnahmen, die alle die Verdrängung der Juden aus dem Wirtschaftsleben, die „Arisierung“, zum Ziel hatten. Zum Beispiel nahm der NS-HAGO-Führer Schlotter in den Bekleidungsgeschäften Alsberg und Löbenstein & Freudenthal mit dem Sachverständigen, Kaufmann Henning, und dem Vertreter der Polizeibehörde, Kommissar Nolte, am 29. November 1934 eine Preisprüfung vor, die zu einer längeren Geschäftsschließung führte. Nach weiteren Untersuchungen hob sie der Reichskommissar für Preisüberwachung am 16. Dezember 1934 – gegen Ende des Weihnachtsgeschäfts – ohne nennenswerte Beanstandungen und Auflagen wieder auf.⁵⁶ Die nationalsozialistischen Machthaber ließen die Geschäftsleute, Gewerbetreibenden und Angehörigen freier Berufe spüren, dass sie über viele Mittel verfügten, sie wirtschaftlich zu ruinieren und gesellschaftlich zu skandalisieren. Das wirkte. Die Inhaber der Firma Alsberg, Paul und Regina Schönenberg, verkauften das Geschäft 1935/1936 an Wilhelm Fiedler. Konrad und Carl Kreßmann gaben am 3. Oktober 1936 mit einer Anzeige in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung den Kauf der Firma Löbenstein & Freudenthal bekannt⁵⁷. Wer bis zum 12. November 1938 nicht verkauft hatte, wurde dazu gezwungen. Faktisch lief das – in Verbindung mit anderen „Entjudungsverordnungen“ – auf eine existenzvernichtende Ausplünderung hinaus⁵⁸, der wenige Jahre später die physische Vernichtung folgte. Etwa hundert jüdische Hildesheimer fanden bis 1939 im Ausland Zuflucht vor den nationalsozialistischen Drangsalierungen. Die Familien Adler und Rothschild gehörten dazu.

6. Letzter Ausweg: Auswanderung nach Neuseeland

Nach der Konkurseröffnung fand Philipp Adler in der Katharinenstraße 10 im Haus von Maurermeister Bode für seine Familie eine 6-Zimmer-Wohnung mit Küche und einem 24 qm großen Büro.⁵⁹ Die Hildesheimer Polizeibehörde verweigerte ihm die Legitimationskarte als Handelsvertreter der Firmen Porzellanfabrik Stadtlengsfeld und Bürstenfabrik und Plastikspritzerei Dietsche.⁶⁰ Sie warf ihm politische Unzuverlässigkeit und staatsfeindliche Gesinnung vor. Er war langjähriger Vorsitzender der Ortsgruppe Hildesheim des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten (RjF), die sich –

⁵⁴ Regierungspräsident Hannover - Entschädigungsbehörde: Bundesergänzungsgesetz; Rothschild, Ilse. NLA Hannover, Nds. 110 W Acc. 14/99 Nr. 125757, Unterakte E Blatt 90.

⁵⁵ Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (Hg.), Verfolgung der jüdischen Bürger/innen Hildesheims. Hildesheim 1988, S. 28.

⁵⁶ Jörg Schneider, Die jüdische Gemeinde in Hildesheim 1871–1942. Hildesheim 2003, S. 460–461.

⁵⁷ Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (Hg.), Verfolgung der jüdischen Bürger/innen Hildesheims. Hildesheim 1988, S. 27; Schneider, S. 461–462.

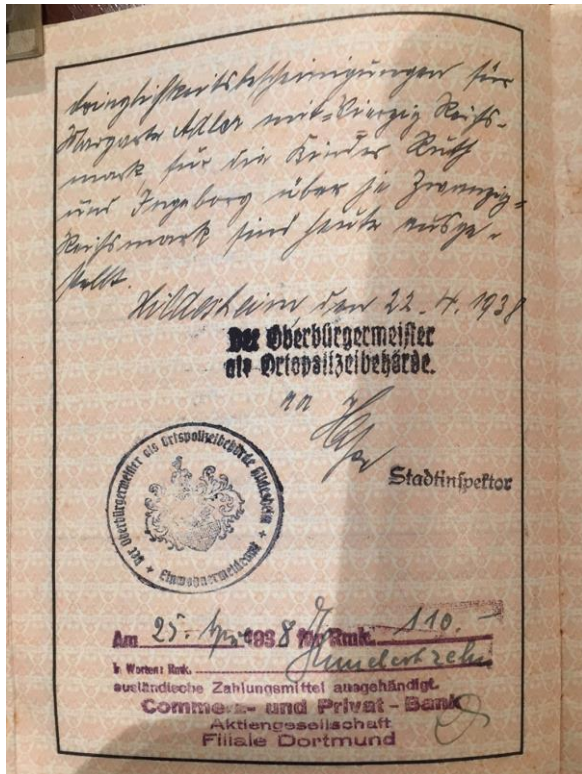
⁵⁸ Durch die „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ vom 12. November 1938 (RGBl. 1938 I, S. 1580) wurde „Juden“ der Betrieb von Einzelhandelsverkaufsstellen sowie die selbständige Führung eines Handwerksbetriebs mit Wirkung zum Jahresende 1938 untersagt. Auch durften „Juden“ nicht mehr als Betriebsführer tätig sein und konnten als leitende Angestellte ohne Abfindung entlassen werden.

⁵⁹ Regierungspräsident Hannover - Entschädigungsbehörde: Bundesergänzungsgesetz; Adler, Philipp. NLA Hannover, Nds. 110 W Acc. 84/90 Nr. 95, Blatt 22.

⁶⁰ Regierungspräsident Hannover - Entschädigungsbehörde: Bundesergänzungsgesetz; Rothschild, Ilse. NLA Hannover, Nds. 110 W Acc. 14/99 Nr. 125757, Unterakte E Blatt 4–8.

wie der RjF insgesamt – sich zu diesem Zeitpunkt gegen die Auswanderung und für den Verbleib in Deutschland aussprach.⁶¹ Genau das Gegenteil war das Ziel des NS-Regimes.⁶² Offenbar sollte das Berufsverbot Adler zum Verlassen des Landes nötigen.

Ruth Filler erinnert sich, dass ihre Eltern auch durch Androhung körperlicher Gewalt unter Druck gesetzt wurden. Eines Abends, während sie vom Besuch von Freunden heimkehrten, folgte ihnen eine Horde von Nazi-Schlägern. Es gelang den beiden, vor den Braunhemden das Haus zu erreichen und den Eingang hinter sich zu verschließen. Die Nazis hämmerten gegen die Tür und brüllten: „Ihr verdammten Juden, nächstes Mal kriegen wir euch!“ Das Erlebnis veranlasste Margarete Adler, die Auswanderung nach Neuseeland nun mit Nachdruck zu betreiben, wohin die Schwester ihres Mannes mit ihrer Familie schon vor einigen Jahren emigriert war.⁶³



Pass von Margarete Adler und ihren Töchtern Ruth und Ingeborg mit „Dringlichkeitsvermerk“ vom 22. April 1938 und Devisenaushändigungsvermerk vom 25. April 1938 (Privatbesitz Ruth Filler)

Im April 1938 reiste die Familie zunächst nach London und von dort mit der RMS „Remuera“ der New Zealand Shipping Company Ltd. am 28. April 1938 nach Auckland, wo sie am 6. Juni 1938 ankam.⁶⁴

Erich Rothschild zog mit seiner Familie zunächst in die Weißenburger Str. 39 und 1937 weiter nach Hannover. Er war zur Zeit des Vorfalls im Juli 1935 Vertreter für die Firma Eisenwerk Brüner in Artern (Kyffhäuser), was er bis Januar 1937 blieb. Seine Legitimationskarte entzog ihm die Polizeiverwaltung Hildesheim nicht, sondern weigerte sich erst am 1. Januar 1937, eine neue auszustellen. Im August 1937 bekam er sie aber an seinem neuen Wohnort von der Polizeibehörde in Hannover, die sie 1938 nochmals erneuerte.

⁶¹ Jörg Schneider, Die jüdische Gemeinde in Hildesheim 1871–1942. Hildesheim 2003, S. 452.

⁶² Klaus Mlynek, Gestapo Hannover meldet. Polizei- und Regierungsberichte für das mittlere und südliche Niedersachsen zwischen 1933 und 1937. Hildesheim 1986, S. 450–451.

⁶³ Ruth Filler, E-Mail an Hartmut Häger am 13.2.2018.

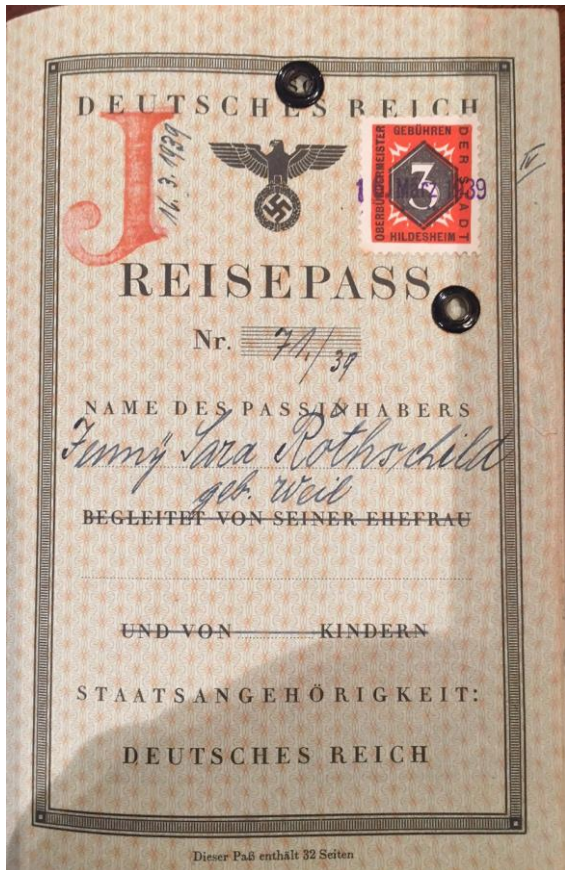
⁶⁴ Regierungspräsident Hannover - Entschädigungsbehörde: Bundesergänzungsgesetz; Adler, Philipp. NLA Hannover, Nds. 110 W Acc. 84/90 Nr. 95, Blatt 4–5.



Legitimationskarte für 1938, ausgestellt für Erich Rothschild in Hannover am 4. Dezember 1937 (Regierungspräsident Hannover - Entschädigungsbehörde: Bundesergänzungsgesetz; Rothschild, Ilse. NLA Hannover, Nds. 110 W Acc. 14/99 Nr. 125757, Unterakte E Blatt 7)

Damit war er berechtigt, als Generalvertreter für landwirtschaftliche Geräte bei der Firma Albrecht Struchtemeyer, Bielefeld, zu arbeiten. Das beendete die Gestapo durch Inhaftierung des Unternehmers wegen Beschäftigung jüdischer Vertreter, was nach dem Novemberpogrom mit der Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben vom 12. November 1938 verboten worden war. Bis zur Auswanderung nach Neuseeland am 18. April 1939 lebte die Familie vom Ersparten der Schwiegermutter Paula Adler.⁶⁵

⁶⁵ Regierungspräsident Hannover - Entschädigungsbehörde: Bundesergänzungsgesetz; Rothschild, Ilse. NLA Hannover, Nds. 110 W Acc. 14/99 Nr. 125757, Unterakte E Blatt 4–8.



Reisepass von Jenny Rothschild mit Ausreisebestätigung vom 18. April 1939 und neuseeländischem Visum (Privatbesitz Ruth Filler)

Die Wiedergutmachungsverfahren wurden bei beiden Familien 1966 mit Vergleichen beendet. Für die Zerstörung der beruflichen Existenz, die Demütigungen und Drangsalierungen sowie die Vertreibung

erhielt die Familie Adler insgesamt 12.056 DM⁶⁶ und die Familie Rothschild 34.439 DM; Paul Bastian zahlte an Rothschild 18.500 DM „zur Abfindung aller Forderungen“.⁶⁷

7. Die Entwicklung der Familie nach dem Neuanfang

Die Familie Adler führte von August 1938 bis 1969 in Auckland ein Geschäft mit Geschirr, Töpfen und Pfannen, Spielzeug, Besteck, Tellern, so wie im Magazin N. Rothschild in Hildesheim. Im ersten Jahr wurden Süßigkeiten wie Milchshakes, Eis und Schokolade verkauft, was gerade die Ausgaben einbrachte. Danach hatten Grete und Philipp die Voraussetzungen für das Haushaltswarengeschäft geschaffen. 1952 beteiligte sich Philipp zusammen mit einem englischen Freund an einem Betrieb für die Herstellung von Feuerwerkskörpern.⁶⁸ Philipp starb am 27. Februar 1973, Grete am 9. Juli 1981 in Auckland. Ihre Tochter Ingeborg war vom 9. November 1945 bis zu dessen Tod am 17. Mai 1981 mit David Asher verheiratet. Sie starb am 19. August 2011 in Seattle. Ihre Kinder Ken, geboren am 12. Juni 1947 und Susan, geboren am 11. Oktober 1950, leben in Seattle, Washington bzw. Medford, Oregon, USA. Ruth heiratete am 20. Januar 1952 Sol Filler in Auckland und brachte am 30. Oktober 1954 Deborah Rachel „Deb“ und am 14. Mai 1956 Esther zur Welt, beide in Auckland. Deb heiratete Francine Zuckerman und wohnt in Toronto, Esther heiratete Arnon Haver in Israel und lebt mit ihm in Auckland.

Jenny Rothschild starb nur wenige Monate nach ihrer Flucht am 3. Februar 1940 in Auckland. Erich und Ilse gründeten in Auckland ein Geschäft, sehr ähnlich dem Adler Geschäft und dem Magazin N. Rothschild in Hildesheim, aber viel kleiner. Erich starb am 13. Juni 1955 in Auckland, seine Frau Ilse am 20. Juni 1987 in Melbourne.

Ihre Tochter Lotte heiratete am 11. Juni 1945 Ernest F. (Bud) Marrs in Las Vegas. Ihre Kinder sind Candy Eva Adine, geb. 21. September 1949, gest. 1982 in Kalifornien, und Ginger, geboren am 16. Juni 1955 ebenfalls in Kalifornien. Ginger heiratete Jim Saftstrom. Lotte starb am 4. Dezember 1981 in Los Angeles.

Liesel (Alice) Rothschild heiratete 1945 Ben Tennenbaum in Auckland und starb 1971 in Chicago. Am 27. Dezember 1951 brachte sie in Auckland Marion (Zeidman) zur Welt.

Eva heiratete 1950 Solomon (Solly) Faine in Auckland. Beide wohnen jetzt in Melbourne. Ihre Kinder sind Miriam Faine, geboren 20. Februar 1951 in Dunedin, Neuseeland, Susan, geboren 29. November 1954 in Oxford, sowie Jonathan Eric, geboren 21. September 1956 in Dunedin. Alle wohnen jetzt in Melbourne.

Hildesheim, 29. Juni 2018

⁶⁶ Regierungspräsident Hannover - Entschädigungsbehörde: Bundesergänzungsgesetz; Adler, Philipp. NLA Hannover, Nds. 110 W Acc. 84/90 Nr. 95, Z-Akte.

⁶⁷ Regierungspräsident Hannover - Entschädigungsbehörde: Bundesergänzungsgesetz; Rothschild, Ilse. NLA Hannover, Nds. 110 W Acc. 14/99 Nr. 125757 Blatt 5–10, Goodwill-Akte.

⁶⁸ Regierungspräsident Hannover - Entschädigungsbehörde: Bundesergänzungsgesetz; Adler, Philipp. NLA Hannover, Nds. 110 W Acc. 84/90 Nr. 95, S. 25–27. Alle weiteren Angaben zu den Familien von Deb Filler, E-Mails an Hartmut Häger am 26. und 27.3.2018.